

KURZ UND PRÄGNANT

Train of Hope-Tag: Dank für Solidarität

Am 5. September 2015 kam in Saalfeld der erste sogenannte Train of Hope mit mehreren hundert Menschen aus Kriegsgebieten in Thüringen an. In kürzester Zeit organisierten sich damals Helferinnen und Helfer, um die Geflüchteten gemeinsam mit Ministerpräsidenten Bodo Ramelow, MinisterInnen der rot-rot-grünen Koalition und dem Deutschen Roten Kreuz in Empfang zu nehmen. „Ein berührender und beeindruckender Tag, der eindrücklich bewies, dass es viele Menschen in Thüringen gibt, denen es wichtig war, von Anfang an Humanität im Umgang mit Geflüchteten zu zeigen“, so Katharina König. „Unzählige ehrenamtliche Initiativen folgten in ganz Thüringen, um gemeinsam mit Akteuren des Landesverwaltungsamtes, des DRK, der AWO, den Kirchen, antirassistischen und antifaschistischen Gruppen sowie oftmals Gemeinde- und Stadtverwaltungen die Unterbringung und das Ankommen vor Ort zu gestalten“, ergänzte Sabine Berninger. Beide Abgeordnete dankten im Namen der Fraktion DIE LINKE allen haupt- und ehrenamtlichen Akteuren, welche sich seit Monaten, teils seit Jahren, im Bereich der Flüchtlingshilfe, zum Beispiel durch Sprachunterricht, Unterstützung bei Behördengängen, gemeinsame Sport- und Freizeitaktivitäten, unterstützend bei Job- und Wohnungssuche oder einfach als Ansprechpartner für Geflüchtete engagieren und Zeit und Kraft investieren. ■

Zehnte Thüringer Hochschule gebildet

Am 1. September wurde aus den Berufsakademien in Gera und Eisenach eine Duale Hochschule, die zehnte in Thüringen. Der LINKE Hochschulpolitiker Christian Schaft gratulierte den Studierenden, die sich endlich über voll anerkannte Bachelorabschlüsse freuen können: „Personell gestärkt wird die Lehre und die Gremien erfahren mehr Mitbestimmung. Es ist ein bedeutender Meilenstein für die regionale Wirtschaft und für die weiter zunehmende Attraktivität der beiden Standorte Eisenach und Gera. Rot-Rot-Grün hat damit ein weiteres Mal belegt, welchen hohen Stellenwert wir dem Wissenschaftsland Thüringen einräumen. Mit den finanziellen Zuwächsen um 160 Millionen Euro in der Rahmenvereinbarung IV, dem offenen Dialogverfahren zur Vorbereitung der Novelle des Thüringer Hochschulgesetzes und der finanziellen Besserstellung des Studierendenwerks machen wir deutlich, dass wir die solide Basis der Thüringer Wissenschaft weiter ausbauen.“ ■

Kein Mensch ist illegal

Auf Antrag der CDU-Fraktion hatte der Thüringer Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde am 31. August das Thema „Keine deutsche Staatsangehörigkeit für illegale Flüchtlinge“ debattiert. Für die Fraktion DIE LINKE sprach die Flüchtlingspolitikerin Sabine Berninger. Im Folgenden Auszüge aus dem Redeprotokoll:

Auf die Gefahr hin sonst nicht reden zu dürfen, habe ich eine Jeansjacke über mein T-Shirt gezogen, auf dem „Pro Asyl - der Einzelfall zählt“ steht. Wir erleben einen erschreckenden Werteverfall und eine Verrohung der Sitten und zwar hier im Parlament. Und zwar im Agieren der CDU-Fraktion. Jüngster Ausdruck dessen, dass sich die Oppositionsfraktion CDU hier im Thüringer Landtag immer mehr von einer sachgerechten und seriösen Politik entfernt, ist die vorliegende Aktuelle Stunde.

Man kann sagen, die CDU eifert sehr erfolgreich dem rechtspopulistischen und realitätenverzerrenden Gebaren der Fraktion ganz rechts hier im Landtag nach. Mit dem Titel der Aktuellen Stunde vermischt die CDU nämlich zwei Themen, einerseits den Vorschlag, in der Bundesrepublik neugeborenen Flüchtlingskindern die deutsche Staatsbürgerschaft zu verleihen, sowie zweitens, den illegalisierten Menschen die Perspektive auf einen legalen Aufenthaltsstatus zu eröffnen. Der Ministerpräsident, der beide Vorschläge zuletzt zur Diskussion stellte, sagte heute, er erhoffe sich eine

aufklärerische Debatte. Lieber Bodo Ramelow, diese Hoffnung hatte ich heute Morgen schon nicht und jetzt immer weniger.

Allein der Titel, der als Schlagzeile in keiner Nazi-Zeitschrift irgendwie auffallen würde, macht deutlich, dass sich die CDU von jedem aufklärerischem Anspruch abgewendet hat. Wenn man dann noch anschaut, mit welchen Sprüchen sich der Fraktionsexperte äußert, dann wird klar, man betreibt reine Stimmungsmache abseits aller sachlichen Erwägungen. „Den deutschen Pass dürfen nur bekommen, wer voll integriert sei



und in ungeteilter Loyalität zur Bundesrepublik stehe“, so Herr Herrgott in einer Pressemitteilung und eben auch wieder. Heißt das, es ist eine Initiative zur Aberkennung der Staatsbürgerschaft zu erwarten für Leute, die sich illegal zur Bundesrepublik verhalten, wie etwa rechts außen die Menschen hier im Plenum? Haben Sie mal darüber nachgedacht, dass Integration über Anreize und Angebote funktioniert? Beispielsweise den Anreiz, der sagt, wir er-

kennen euch an, wir wollen euch in unserer Gesellschaft? Sie unterstellen Bodo Ramelow, er wolle deutsche Pässe und Aufenthaltsrecht wie Manna vom Himmel regnen lassen, eben haben Sie von einem Passautomaten gesprochen, das ist unerhört, ebenso wie ihre geäußerte Befürchtung einer Sogwirkung, dass Flüchtlinge es als Aufforderung auffassen würden, hierher zu fliehen.

Ich kann mir in etwa vorstellen, was Sie bezwecken, das ist alles bereits Wahlkampf, Sie versuchen, Wähler von rechts zu ziehen. Da Sie fürchten, das nicht mit inhaltlichen Angeboten zu schaffen - und das kann ich sogar nachvollziehen, schließlich glänzen Sie ja auch nicht gerade mit inhaltlichen Angeboten -, benutzen Sie die Methoden als auch die Sprache der Rechtspopulisten. Sie nehmen dafür gerne in Kauf, als Fachpolitiker nicht länger ernst genommen, sondern für dumm gehalten zu werden, wie übrigens ihre Bundestagskollegen Hauptmann, Schipanski und Mayer.

**„Ihr sollt zu uns gehören,
ihr habt Rechte, ihr habt
Pflichten so wie alle anderen,
die hier leben.“**

Sie unterschlagen alle Vorstöße und Initiativen zur Legalisierung der Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus. Und die Kriterien enthielten, was die Aufenthaltsdauer und andere Zugangsvoraussetzungen betrifft. Auch in anderen europäischen Staaten bereits praktizierte Legalisierungsinitiativen waren immer an Bedingungen geknüpft. Sie behaupten mit Ihrer populistischen Schlagzeile „Keine deutsche Staatsangehörigkeit für illegale Flüchtlinge“, Neugeborene seien illegal. Welche inhumane Einstellung steckt denn hinter dieser Geschmacklosigkeit? Kein Mensch ist illegal, meine Damen und Herren, auch kein Kind. Trotzdem ist es zurzeit sogar so, dass neugeborene Flüchtlingskinder über sechs Monate auf eine Geburtsurkunde warten, von der Bürokratie in Deutschland sozusagen illegal gehalten werden.

Warum uns die Frage der Ermöglichung eines legalen Aufenthaltsstatus so wichtig ist? Aus unserem Respekt vor der Würde der Menschen. Niemand sollte gezwungen sein, in ständiger Unsicherheit, in der Angst entdeckt zu werden, zu leben. Auch keine UnterstützerInnen, kein Arzt sollte in diesem Grauschleier der Illegalität arbeiten müssen. Ich bin Ministerpräsident Ramelow sehr dankbar für beide Vorschläge und ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich dem zustimmen, was er heute Morgen gesagt hat: „Wer hier geboren ist, muss auch von Anfang an integriert werden und dazugehören können. Mit dem vereinfachten Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft sagen wir den Kindern und im Übrigen auch deren Familien: Ihr sollt zu uns gehören, ihr habt Rechte, ihr habt Pflichten so wie alle anderen, die hier leben.“

Herzlichen Dank, Bodo Ramelow!
Fotos (S. 5 u. 6): Peter Lahn

Eine unberechtigte und überzogene Kritik

„Die Integrationsbeauftragte macht genau das, wozu sie da ist: sie bringt ihre Expertise im Sinne der in Thüringen lebenden Ausländerinnen und Ausländer ein“, verteidigte MdL Sabine Berninger die Äußerungen der Thüringer Integrationsbeauftragten Mirjam Kruppa zur umstrittenen Wohnsitzauflage. „Im Gegensatz zu Vorgängerregierungen war sich Rot-Rot-Grün einig, die Kompetenzen des Integrationsbeirates und der Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge, deren Bezeichnung wir ja eben deshalb weiter gefasst haben, zu stärken und weiter zu fassen.“

Dass sich nun Innenminister Holger Poppenhäger, der Mitglied der entsprechenden Koalitionsverhandlungsgruppe gewesen ist, darüber echauffiert, „dass Frau Kruppa genau diesem Anspruch gerecht wird, stößt in meiner Fraktion auf höchstes Unverständnis. Es ist genau das, was eine Beauftragte auszeichnet, nämlich im Sinne der Betroffenen u.U. auch in Widerspruch zu einzelnen Regierungsmitgliedern parteiisch zu sein und die Rechte derer, für die sie beauftragt wurde, einzufordern. Und wenn der Minister insbesondere auf die Sozialkosten abzielt, die eine auf einzelne Kommunen zugeschnittene Beauftragung zur Wohnsitznahme oder des Verbots, in bestimmten Orten den Wohn-

sitz zu nehmen, verringern soll, dann kann ich nur auf die Rechtslage verweisen“, betonte die Abgeordnete. Eine Wohnortzuweisung aus fiskalischen Gründen habe erst im Frühjahr der Europäische Gerichtshof als mit der Genfer Flüchtlingskonvention als auch der EU-Qualifikationsrichtlinie unvereinbar festgestellt. Integrationspolitisch mache es viel mehr Sinn, den Menschen Angebote - zum Erlernen der deutschen Sprache, zu Ausbildung, Arbeit, Begegnung und nachbarschaftlichem Miteinander - zu unterbreiten als Zwangsmaßnahmen anzuordnen. Die Landesregierung sei gefordert, dafür in den Landkreisen und kreisfreien Städten bestehende Strukturen zu fördern und neue zu schaffen.

„Es ist integrationspolitisch unsinnig, inzwischen gewachsene Beziehungen, etwa zu MitschülerInnen, NachbarInnen und UnterstützerInnen wieder zu zerreißen. Auch, Flüchtlinge in ländliche Gegenden zu schicken, in denen es nur wenige Partizipationsmöglichkeiten gibt“, sagte Sabine Berninger. Eine flächendeckende Verteilung, um die es nun anscheinend auch dem Innenminister gehe, habe mit Integrationspolitik nichts zu tun und sei auch keine Rechtsgrundlage für derartige Zwangsmaßnahmen. ■